

# PR-Aktion oder Demokratie?

## Die Generalstände in den Überseegebieten

Ortwin Ziemer\*



**Am 22. April 2009 begannen in Paris, auf den französischen Antillen, in Französisch-Guayana, auf Réunion und in den meisten anderen Überseegebieten (DOM-TOM) offiziell die von Nicolas Sarkozy nach dem Generalstreik auf Martinique und Guadeloupe im Februar/März 2009 angekündigten Überseegeneralstände. Inwiefern könnten diese Verhandlungsrunden auch auf nationaler, wenn nicht auf internationaler Ebene aufschlussreich sein?**

Frankreichs Übersee-*Départements* waren und sind aufgrund ihrer Insellage (mit Ausnahme Guyanas, versteht sich), alle jedoch infolge der großen Entfernung zum Mutterland, besonders hart von der derzeitigen Weltwirtschaftskrise betroffen. Wegen dieser und anderer struktureller Handicaps waren die sozioökonomischen Disparitäten zwischen den ultraperipheren Regionen der EU und den nationalen und europäischen Entscheidungs- und Impulszentren schon immer besonders groß, bevor vor allem die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit und der Kaufkraftverlust vor allem der unteren und mittleren sozialen Schichten seit Herbst vergangenen Jahres dort zum Teil explosionsartig zugenommen haben.

Abgesehen vom Ergebnis dieser neuen Runden Tische – vor zu hoch gesteckten Erwartungen wurde von Seiten der französischen Regierung wegen der naturgemäß beschränkten finanziellen Handlungsspielräume bereits gewarnt, *crise oblige* – schien vor allem die Arbeitsmethode dieser Generalstände interessant und keinesfalls unumstritten. Handelte es sich erneut nur um eine weitere PR-Veranstaltung, lediglich darum bemüht, wirtschaftspolitischen Voluntarismus zu zeigen, ohne ihm sodann auch wirklich Taten folgen lassen zu können, fragten einige Kritiker. Eine bloße Begriffsinflation, prangerten andere Beobachter

an, gab es doch in den letzten Monaten in Frankreich zahlreiche andere Veranstaltungen mit demselben Etikett ohne revolutionäre Konsequenzen, so etwa die Generalstände der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Entwick-

### Un nouveau regard

Les Etats généraux de l'Outre-mer, lancés le 22 avril 2009 à Paris dans la plupart des territoires et départements d'Outre-mer, s'inscrivent dans le cadre d'un dialogue et d'un « *débat sans tabou* » (Sarkozy) après la crise profonde qu'ont traversée la Guadeloupe, la Martinique, la Réunion et la Guyane depuis l'automne 2008.

Nombreux sont ceux, qui estiment que les modèles d'organisation, tels qu'ils ont été imaginés à partir de 1946, doivent aujourd'hui être repensés, pour que le regard porté en métropole sur ces territoires au lendemain des consultations puisse être différent et s'inscrire dans le cadre d'une vision commune du futur. 137 mesures ont été prises en ce sens le 6 novembre 2009 par le gouvernement.

Réd.

\* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent und Lehrer französischer Europa- und Abibac-Klassen auf La Réunion.

lung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Dennoch, zumindest die Tagesordnung und die Zahl der geplanten Workshops erschienen eindrucksvoll, insofern die meisten dieser Themen einigermaßen wirkungsvoll durchdiskutiert werden konnten: Preisbildung und Kaufkraft in Übersee, Stärkung der lokalen Wirtschaftszweige und ihrer Absatzmärkte, Raumplanung und Verkehrsinfrastruktur, nachhaltige Entwicklung, Erneuerung der Beziehungen zwischen den Sozial- und Tarifpartnern, eventuelle Veränderungen bzgl. des Status' und der politischen Institutionen der Überseegebiete, regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, Chancengleichheit, Verbesserung der Berufschancen junger Arbeitnehmer, regionale Identität und Erinnerungsarbeit. Aber *quo vadis*, Generalstände, und vor allem auch: wo kommt ihr her?

Die revolutionäre Terminologie kommt sicherlich nicht von ungefähr: War doch die historische Ständeversammlung der Generalstände im Mai 1789 von König Ludwig XVI. am Vorabend der Revolution ebenfalls in einem wirtschaftlich extrem angespannten Kontext (drohender Staatsbankrott infolge immenser Überschuldung) einberufen worden, um eine sozioökonomische und politische Krise ungekannten Ausmaßes zu überwinden. Nach dem Ballhauschwur verwandelten sich diese Generalstände sodann in eine Nationalversammlung, um fortan offiziell die Förderung des Allgemeinwohls auf die Fahnen zu schreiben, ohne jedoch in der Folgezeit verhindern zu können, dass die Revolution aus dem Ruder lief und sich zur Schreckensherrschaft radikalisierte. Hiermit schließt sich der Kreis. Auch heute sollten wieder alle sozioökonomischen und politischen Entscheidungsträger und Impulsgeber daran teilnehmen, auf Französisch einmal mehr – vielleicht etwas pathetisch – die *forces vives de la nation* genannt. Noch in den letzten Tagen vor ihrer offiziellen Eröffnung schienen die Übersee-Generalstände jedoch bereits von einem Fehlstart bedroht. Die in erster Linie betroffenen Vertreter der Überseegebiete kritisierten zum Teil den Widerspruch, der ihrer Meinung nach darin bestand, dass die Verhandlungen in Paris begannen und von dort aus gelenkt werden sollten. Verborg sich dahinter nicht bereits wieder die Absicht der Bevormundung, alle Debatten im Keim zu ersti-

cken, Vorschläge der Betroffenen selbst sogleich wegzuwischen und nur vorgefertigte Lösungen aufzutischen?

Die Regierung reagierte mit dem Gegenwurf, solche Anschuldigungen seien zum Teil typisch für die am Tropf hängende Ökonomie der Überseegebiete und ihre charakteristische Haltung, alles vom Mutterland zu erwarten – eine Kritik, die wiederum in Point-à-Pitre, Fort-de-France, Saint-Denis-de-la-Réunion und anderswo Kopfschütteln auslöste und mehrere Gewerkschaften veranlasste, ihre Teilnahme bis zum letzten Moment noch in Frage zu stellen. Vor allem der charismatische Gewerkschaftsführer und Wortführer des Streikkollektivs LKP auf Guadeloupe, Elie Domota, ein äußerst begabter Redner, aber zugleich ein ausgemachter Pragmatiker, jonglierte geschickt mit geduldigem Verhandeln und Drohungen mit Eskalation seiner Vorgehensweise. So entschloss er sich anfangs wegen der bereits genannten Kritikpunkte an der Konfliktlösungsstrategie der Regierung zum Boykott der Generalstände, bevor er durch Mittelsmänner aus dem Streikkomitee, die sein absolutes Vertrauen genossen, dann doch am Verhandlungstisch saß, ohne das Gesicht zu verlieren.

## Ein Versuchslabor

Es bleibt also auch zum jetzigen Zeitpunkt – Mitte November 2009 – abzuwarten, ob diese neue Übung in Konkordanz- und teilhabender Demokratie, die insgesamt nun doch mindestens fünf Monate gedauert hat, fähig sein wird, konkrete Ergebnisse nicht nur anzukündigen, sondern auch konkret und finanzpolitisch umzusetzen und damit zu beweisen, dass die Überseegebiete wirklich einmal als probates Versuchslabor für ernst zu nehmende Lösungsansätze einer Krise dienen könnten, die selbstverständlich ihre lokalen, regionalen, nationalen und weltweiten Auswirkungen im Rahmen der Verflechtungen der Globalisierung hat. Als Mitte Juli Premierminister François Fillon die Insel Réunion besuchte, stellte er jedenfalls fest, der Wille der Übersee Franzosen zu Reformen sei deutlich spürbar und „*unbestreitbar*“. Nicht ganz zu dieser optimistisch-begeisterten Einschätzung des Regierungschefs

wollte passen, dass auf der den Beiträgen der Zivilgesellschaft, und damit der Bürger, gewidmeten Webseite ([www.etatsgenerauxdeloutremer.fr](http://www.etatsgenerauxdeloutremer.fr)) zu jenem Zeitpunkt nur sehr wenig Stellungnahmen eingegangen waren, die meisten zudem noch von Offiziellen und Politikern der betroffenen Gebiete. Als sich die Vertreter des General- und Regionalrats der Insel Réunion am 30. Juli zu einer gemeinsamen, bilanzierenden Sitzung bezüglich der konsultativen Phase der Überseegeneralstände trafen, wurde jedenfalls die Hoffnung laut, die zu dem Thema im November geplante spezielle Kabinettsitzung in Paris werde die Vorschläge der wirklich Betroffenen zur Kenntnis nehmen und das bereits in Kraft getretene Rahmengesetz zur wirtschaftlichen Entwicklung der DOM-TOM in anderen Bereichen wirkungsvoll ergänzen.

Nach Abschluss der Workshops in den verschiedenen Überseegebieten fand am 1. Oktober im Pariser Übersee-Staatssekretariat die nationale Vorstellung dieser bewusst auf lokaler Ebene durchgeführten Überlegungen statt. Die aus Guadeloupe stammende Übersee-Staatssekretärin Marie-Luce Penchard (UMP), im Juni 2009 als erste Übersee-Französin in dieses Amt berufen, das im November zum vollwertigen Ministerrang aufgewertet wurde, erklärte bei diesem Anlass: *„Das bisherige System funktioniert nicht mehr. Wir sind in gewissen Sinne am Ende eines Zyklus angekommen.“*

Noch markanter äußerte sich der 1947 geborene guadeloupeanische Schriftsteller Daniel Maximin, der 1998 in Paris die Gedenkveranstaltungen zum 150. Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien organisiert hatte. Er legte mit einer schonungslosen Feststellung den Finger in die Wunde, die durch den Generalstreik auf den Antillen Anfang 2009 wieder aufgerissen worden war, als er am 1. Oktober in Paris bezüglich der schweren Krise auf den Antillen zu Jahresbeginn 2009 erklärte: *„Dies war eine soziale Explosion, doch dahinter steckte ein tiefgehender Identitätsbruch.“* Marie-Luce Penchard gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, dass sich infolge dieser Konsultationen der Blick, den viele Franzosen auf die Überseegebiete werfen, ändern und einer gemeinsamen Zukunftsvision Platz ma-

chen möge. Nur ein frommer Wunsch, oder tatsächlich ein realistischer Ansatz für die konkreten Reformvorschläge, auf die nun die anderthalb Millionen Überseefranzosen warteten, bis einen starken Monat später Staatspräsident Nicolas Sarkozy in einer auch im Fernsehen übertragenen Ansprache am 6. November die ersten Schlüsse aus der Arbeit der Generalstände zog, direkt im Anschluss an eine speziell diesem Anlass gewidmeten Kabinettsitzung, auf der immerhin 137 einzelne Beschlüsse zugunsten der Überseegebiete gefasst worden waren?

### Die wesentlichen Punkte

Die Hauptschwerpunkte des Maßnahmenkatalogs lagen naturgemäß einerseits im Bereich des Kampfes gegen die durchschnittlich um 30 bis 50 Prozent höher als im Mutterland anzusetzenden Lebenshaltungskosten. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass es in Frankreich einen wie in Deutschland verfassungsmäßig verankerten Finanzausgleich zur Herstellung möglichst gleicher Lebensbedingungen in dieser Form nicht gibt.

Weitere Punkte waren die Impulsgebung zur Wirtschaftsentwicklung vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit ihrem Ausbruch 2008 vor allem insulare und weit abgelegene Gebiete besonders hart getroffen hat. In diesem Zusammenhang kündigte der Staatschef eine Verschärfung des Wettbewerbsrechtes an. Seit bald zwei Jahren schwelt in den Überseegebieten eine immer weitere Kreise ziehende Debatte über die reelle Preis- und Inflationsentwicklung. So war beispielsweise auf Réunion eigens vor rund zwei Jahren eine Behörde zur Beobachtung der Preisentwicklung unter der Schirmherrschaft der Präfektur und unter Beteiligung der wichtigsten Sozialpartner und Verbrauchervertreter ins Leben gerufen worden. Sie sollte dem in der öffentlichen Meinung hartnäckig verwurzelten Vorwurf nachgehen, nicht die horrenden Importtransportkosten, sondern skandalös überzogene Gewinnspannen der großen Supermarktketten seien in erster Linie für die überhöhten Preise in Übersee verantwortlich. Um den Einwand zu entkräften, diese Instanz sei nicht im geringsten unabhängig und zudem handlungs-

unfähig, da chronisch unterfinanziert, regte Nicolas Sarkozy nun an, sie solle künftig direkt die staatliche Verbraucherschutzbehörde einschalten können, was bisher nicht der Fall war, und zudem mit einem konsequenteren Finanzrahmen ausgestattet werden. 40 Millionen Euro sollen zudem künftig pro Jahr direkt aus dem Staatshaushalt zusätzlich zur Verfügung stehen, um zu einer besseren Strukturierung, Diversifizierung und Exportfähigkeit der Landwirtschaftsbranchen in Übersee beizutragen. Weitere Unterstützung für andere Wirtschaftsbereiche, wie für die mittelständischen Unternehmen, das Hotelgewerbe und allgemein den Tourismus wurden ebenfalls angesprochen, ohne bislang allerdings klar aufgeschlüsselt und hinsichtlich ihres Kostenpunkts beziffert zu werden. Ein verstärktes Vorgehen gegen Analphabetismus und Leseschwäche wurde ebenfalls erwähnt, ohne allerdings das brisante Verhältnis zwischen der französischen Standardsprache und den lokalen Spielarten des Kreolischen vor allem im Bildungssystem und im Berufsleben anzusprechen.

Der Staatschef nannte die Verbesserung des Ausbildungssystems als eine weitere Priorität, ohne hier allerdings ins Detail zu gehen. Nicolas Sarkozy stellte allerdings weitere Ministerratssitzungen zum Thema Übersee in naher Zukunft in Aussicht und machte klar, es habe sich nur um eine erste Etappe gehandelt. Eine mehr als heiße Kartoffel (in Übersee ebenfalls schon seit langem auf der Tagesordnung hitziger Debatten: der mögliche Vorzug für aus Übersee stammenden Bewerber für hochkarätige Posten vor allen im öffentlichen Dienst und in wichtigen Behörden bei gleicher Qualifikation im Vergleich zu einem Bewerber aus dem Mutterland) wurde von Sarkozy allerdings angepackt, aber bislang lediglich als Möglichkeit erwähnt. Während auf den Antillen die Entwicklung hin zu einem einheitlichen Regionalparlament und gar zu Referenden über eine noch nicht klar definierte „Autonomie“ möglicherweise bereits im kommenden Jahr beschlossene Sache ist, wird bei den Gebietskörperschaften auf Réunion wohl vorerst alles beim Alten bleiben. Alle Maßnahmen sollen so schnell wie möglich greifen, aber angeblich erst im Staatshaushalt 2011 kostenmäßig zu Buche schla-

gen – eine erneute politische Quadratur des Kreises?

## Lob und Kritik

Wenn die Programmrede des Präsidenten im Elysée-Palast vor mehr als tausend geladenen Gästen aus Übersee mit anhaltenden Beifall aufgenommen wurde, so lag dies unter anderem auch daran, dass sich die hauptsächlichen Kritiker des Konsultationsprozesses letztlich zum Boykott dieser Abschlussveranstaltung entschlossen hatten: So unter anderem der bereits erwähnte Volkstribun Elie Domota aus Guadeloupe oder auch das COSPAR-Komitee aus Réunion. Die als Pragmatikerin bekannte linke Abgeordnete Guyanas, Christine Taubira, ehemalige Präsidentschaftskandidatin und Urheberin des Gesetzes über die französische Anerkennung von Sklaverei und Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (2001) und weit über ihr eigenes politisches Lager hinaus als Dame von Cayenne hoch geachtet, war hingegen anwesend und bezeichnete den Maßnahmenkatalog als durchaus neuartigen, viel versprechenden Ansatz, der aber – gemäß dem politiksoziologischen Ansatz Max Webers – gewissermaßen verantwortungsethisch an den konkreten positiven Veränderungen gemessen werden müsse, die er in naher Zukunft den Übersee Franzosen bringen werde.

Aus den Reihen der nationalen und lokalen linken Opposition und vornehmlich aus Kreisen der Gewerkschaftsbewegung und der Zivilgesellschaft wurde allerdings sehr wohl konkrete Kritik laut. So bemängelte der auf Réunion bekannte Gewerkschaftsführer Yvan Hoarau (CGT) in den Abendnachrichten des öffentlich-rechtlichen Übersee-Fernsehsenders RFO nach der Ansprache Sarkozys, die den Einwohnern der Überseegebiete wirklich unter den Nägeln brennenden, vor allem sozialen Fragen seien unbeantwortet geblieben: der chronische Mangel an Sozialwohnungen, der laut Hoarau krasse Kaufkraftverlust der letzten zwei Jahre, die Problematik der Renten und Lohnanpassungen. Der vom Präsidenten vor mehr als einem halben Jahr versprochene *„Dialog ohne Tabus nach den Prinzipien einer echten teilhabenden Demokratie“* sei dies jedenfalls nicht gewesen.